Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 12

Artikel: Weg von Glotze und Glück durch Medienmultis : neue Formen notwendig

Autor: Schiesser, Hans Kaspar

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340533

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

diese beiden Vertreterinnen konsequenterweise zur Kandidatur für *ein* Amt entschlossen hatten und ihr Nationalratsmandat aufs Spiel setzten. Ebensowenig honorierte das Stimmvolk das Vertrauen, das die SPS – zu Recht – in diese beiden profilierten Politikerinnen gesetzt hatte.
Die neue sozialdemokratische Vertretung in der Bundesversammlung ist kleiner geworden. Sie ist – wie bis anhin – in der Minderheit. Von diesem Aspekt der Macht her wird sich nicht viel verändern. Durch die unfreiwillige Abmagerungskur geht Wesentliches an Sachkompetenz verloren, was für traditionelle Bereiche sozialdemokratischer Politik wichtig war (Sozialpolitik, Gewerkschaftspolitik). Es ist jedoch möglich, dass die neue Fraktion, was Frauenanliegen angeht, eine noch kompromisslosere, aufgeschlossenere und geschlossenere Haltung einnehmen wird. Neuzuzügerinnen aus Bern, Gret Haller und Ursula Bäumlin, Ursula Hafner aus Schaffhausen und Menga Danuser aus dem Thurgau, Francine Jeanprêtre aus der Waadt und auch Ursula Ulrich aus Olten gehören zum fortschrittlicheren und jüngeren Teil der Sozialdemokratie und könnten in der kommenden Legislatur der neuen Fraktion wesentliche Impulse versetzen.
Auch für den Rest der Bundesversammlung sieht die Lage so schlecht nicht aus – zumindest qualitativ. Die Walliser CVP-Frau Monique Paccolat scheint sich des besonderen Auftrages «ihrer» Wählerinnen sehr wohl bewusst zu sein, und auch die Zürcher Freisinnige Lili Nabholz sollte Gewähr für eine solide und eindeutige Frauenpolitik bieten. Und schliesslich dürften auch die Vertreterinnen von POCH, der Grünen und der Freien Liste in Frauenfragen für Koalitionen zu haben sein.
Denn soviel ist klar: Die Frauen im Parlament werden einander in der kommenden Legislatur nötig haben. Wahlen und Wahlkampf 1987 haben gezeigt, dass die Schweizer Frauen (allen Beschwichtigungen zum Trotz, denen allzu viele in der letzten Zeit erlegen sind) noch weit davon entfernt sind, politisch gleichberechtigt zu sein. Der Frauenbewegung sollte das neue Impulse versetzen können: das Ziel ist keineswegs erreicht, es bleibt sehr, sehr viel zu tun.

Weg von Glotze und Glück durch Medienmultis

Neue Formen notwendig

Von Hans Kaspar Schiesser

Die Niederlage vom 18. Oktober 1987 ist nicht verdaut. Solange es keine griffige Erklärung vor allem für das Absacken des Wähleranteils gibt, sind auch keine Schuldigen auszumachen. Demzufolge sind die Rezepte rar. Immerhin: Ansätze dazu sind vorhanden. Sie haben mit dem Umgang mit uns selbst und mit dem mit unsern Wählerinnen und Wählern zu tun.
Die «Entdeckung» der elektronischen Medien und der auflagestarken Printmedien durch die Sozialdemokratie fällt ungefähr mit dem Zeitpunkt zusammen, in dem der Glaube an die eigene Arbeiterpresse verlorenging. Das dürfte in der ersten Hälfte der siebziger Jahre gewesen sein. Wenn sich auch dieser Vertrauensentzug als falsch oder zumindest voreilig erwies, so blieb doch der Mythos bestehen, durch geschickte, allenfalls gekaufte (Inseraten-)Nutzung von Zeitungen oder Fernsehen liesse sich der Dialog mit Genossen und Wählerinnen aufrechterhalten. Oder sogar verbessern. Werbekampagnen wurden von da ab nicht mehr nach dem Muster der persönlichen Ansprache geplant, sondern als Werbung in überregionalen Zeitungen. Der intime Umgang mit Bundeshausjournalisten schien jahrelang erfolgsträchtiger zu sein, als der Umgang mit dem Mitgliedern der eigenen Sektion.
Der Erfolg dieser Jahre des Glaubens an Glotze und Glück durch Coninx und Ringier ist ausgeblieben. Dabei standen wir den Bürgerlichen in Freundschaften zu Journalistinnen und Journalisten wirklich in nichts nach. Aber es hat nicht einmal immer jenen persönlich geholfen, die erfolgreich Strichlisten mit ihrer Namensnennung in den Medien anlegen konnten.
Routine mit den Medien ist wohl nötig, um nicht übergangen zu werden. Um Leute auch zum Wählen oder zum *Mitmachen* zu bringen, reicht es aber offensichtlich nicht.

Der Entscheid, jemanden zu wählen, fällt wahrscheinlich aufgrund bloss dreier Überlegungen:
1. Nützt mir (meinen Kindern, meinen Kollegen im Sportverein, meinen Freunden in der Dritten Welt) diese Wahl konkret?
2. Ist der oder die Kandidatin so glaubwürdig, dass ich ihr oder ihm ein Occasionsauto abkaufen würde?
3. Ist bei dem oder der Kandidatin nach der Wahl mit einem Minimum an Unterhaltung oder bloss landesüblicher Polit-Langeweile zu rechnen?

Beim ersten Punkt ist momentan kaum viel zu ändern. Wer die Kluft zwischen Armen und Reichen im Land gerecht findet, braucht nicht SP zu wählen. Und wem 30 000 einsame Fahrkilometer hinter einem Steuerrad lieber sind als Wälder oder Kinder ohne Atembeschwerden, dem sind wir auch egal.
Zu ändern ist aber etwas beim zweiten und dritten Punkt. Wir werden nicht durch die Medien glaubwürdiger, auch wenn das Fernsehen darstellen sollte, dass unsere Fraktionsmitglieder keine Verwaltungsrats-Mandate haben und Kat-Autos, Bahn oder Velo fahren. Glaubwürdigkeit erlangen wir durch den persönlichen Kontakt mit denen, die uns wählen sollen. Das heisst, dass die Wahlwerbung nicht vor allem mit Papier im Vorfeld der Wahlen erfolgen darf. Sondern dass sie vier Jahre lang an Haustüren, bei Standaktionen, beim Flugblattverteilen, bei Nachbarbesuchen stattfinden muss.
Wir haben darin keine Übung mehr. Wir haben nicht einmal mehr Übung darin, die 60 bis 80 Prozent «Passiv-Mitglieder» jeder Sektion mit Telefonen und Besuchen wieder zu aktivieren. Wir haben vor lauter magischer Verzückung über Fernsehen und Hunderttausender-Auflagen verlernt, die MitbürgerInnen und Mitbürger *direkt* anzusprechen.
Dabei war über Jahrzehnte das grösste Kapital der SPS die Bereitschaft ihrer Basismitglieder, diese *direkte* Werbung in unendlicher Kleinarbeit zu verwirklichen. Diese Kleinarbeit wurde aber von immer weniger Mitgliedern geleistet. Und sie verlor angesichts des hypnotisierten Starrens auf Einschaltquoten und Auflagen immer mehr an Bedeutung. Was zweifellos nicht motivierend wirkte.
Was anderes aber als das Kapital dieser direkten Werbung durch Tausende von Genossinnen und Genossen kann die SPS den Werbemillionen der grossen bürgerlichen Parteien entgegensetzen?
Beim dritten Punkt ist die Umstellung wohl einfacher als da, wo sicher mühsam Direktwerbungsformen wieder erlernt und verwirklicht werden müssen. In dieser Partei ist soviel an intellektueller Schärfe, an Witz und Bauernschläue vorhanden, dass sie gute Chancen hat, ihre Kandidatinnen und Kandidaten im allgemeinen als unterhaltend erscheinen zu lassen. Voraussetzung dabei ist, dass auch hier unterhaltende Formen der Politik nicht nur bei Medienereignissen eingeübt werden, sondern auch bei kleinen und kleinsten Sektionsversammlungen oder Standaktionen. Noch ist das Potential an aktiven Basismitgliedern nicht verscherzt. Aber der Weg muss wieder dahingehen, diese Arbeit als mindestens gleichwertig wie ein gutes Fernsehinterview einzustufen.
Inmitten allen Medienkonsums, aller Anonymisierung durch entsprechende Wohnformen und aller z.B. durch das Auto geschaffenen Distanzen und Sprachlosigkeiten sind bei vielen Leuten die direkten Kontakte zurückgegangen. Dennoch – oder gerade deshalb – besteht wieder eine Sehnsucht danach. Sie äussert sich etwa im Erfolg von Sekten und kleinräumig strukturierten Bürgerinitiativen. Wenn die SP wieder zu direkteren Formen des Kontaktes mit Wählern und Wählerinnen und möglichen Mitgliedern vorstösst, könnte sie auch eine «Marktlücke» füllen.
Dass diese Form direkter Kontakte, diese ganz altmodische Form der erlebbaren Menschlichkeit auch erfolgreich ist, haben vor allem die Frauen in diesen Wahlen deutlich gemacht. Und sie gehören ja bekanntlich zu den Gewinnerinnen.

Über die politische Identität von Roten und Grünen

Grün ist nicht rot – rot ist nicht grün

Hanspeter Bernet machte sich Gedanken vor und nach den Wahlen

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist eine Provokation, die von den Grünen kommt. In der Schweiz gibt es die Grünen als Partei seit etwa 5 Jahren, die SP gibt es seit 100 Jahren. Die Provokation hat mit dem Selbstverständnis der Grünen zu tun. Sie sagen: Den Grünen geht es darum, das «Links-Rechts-Denken» zu überwinden und als «Dritte Kraft» zu wirken. Hier liegt die Provokation, weil dieses «Links-Rechts-Denken» – oder mit anderen Worten die gesellschaftlichen Widersprüche zwischen Besitzlosen und Besitzenden, zwischen Beherrschten und Herrschenden, zwischen Lohnabhängigen und Unternehmern – zum wesentlichen politischen Inhalt und zur wesentlichen politischen Praxis der 100jährigen SP-Geschichte gehört. Diese Provokation hat aber auch ihr Gutes, denn sie zwingt einen